

Kommentar zum OB-Szabados-Brief vom 29.10.2008

Die Bürgerinitiative Heide-Süd wurde zum sachlichen Dialog mit fundierten Informationen und auf Unterlassung von Halbwahrheiten, Gerüchten und Spekulationen aufgerufen.

Fundierte Informationen sind:

1. Das LVwA hat auf Antrag eine „Anlage zur thermo-katalytischen Verwertung von Abfällen und dazu gehörigen zeitweiligen Lagerung von gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen“ auf einem Grundstück in „Heide-Süd“ genehmigt.
2. Es handelt sich um eine Produktionsanlage und kein Forschungsprojekt der Firma LOGOIL GmbH, da nach Informationen der Firma, die grundlegenden Forschungsarbeiten bis zum Pilot-Anlagenmaßstab in Bitterfeld stattgefunden haben.
3. Die Einwohner von Heide-Süd sind ausreichend informiert über das sogenannte Forschungsprojekt, da sie bereits am 15.11.2007 auf einer umfangreichen Präsentation unter Anwesenheit von Vertretern des Bundesumweltamtes über das Verfahrens Vorort informiert wurden und am 22.11.2007 zum Erörterungstermin mit den Vertretern des Landesverwaltungsamtes ihre Bedenken äußern konnten. Zusätzlich führten 3 Einwohner von Heide-Süd am 10.10.2008 im Auftrag der SPD-Stadtratsfraktion ein Gespräch mit Vertretern von Logoil und dem TGZ (Protokoll dazu liegt der OB vor) und über 100 Anwohner auch aus Halle-Neustadt (Begonien- und Lilienstraße, Sanddornweg) hatten am 22.10.2008 auf Einladung der CDU-Stadtratsfraktion die Gelegenheit sich Vorort zu informieren.
4. Bekannt ist, dass die sich im Oktober 2007 gebildete Bürgerinitiative Heide-Süd (BIHS) seit Anfang Oktober 2008 auf einer web-Seite www.halle-heide-sued.de alle zur Verfügung stehenden Unterlagen, Aktivitäten bis hin zur Klagevorbereitung offen legt.
5. Bekannt ist, dass die BIHS Klage gegen die Genehmigung des LVwA bis 30.10.08 einreichen mußte, um die Fehler und Versäumnisse der Stadtverwaltung zu korrigieren und die Interessen der Anwohner von Heide-Süd einschließlich der des Wissenschafts- und Innovationspark zu wahren.

Halbwahrheiten, Gerüchte, Spekulationen und Bürgerinitiativen entstehen immer, wenn seitens der Stadtverwaltung die notwendige Transparenz und klare Haltung gegenüber den Anwohnern fehlt und diese aufgrund einer einjährigen Handlungsunfähigkeit in ein kostenaufwendiges Klageverfahren gegen das LVwA getrieben werden, um die später nicht mehr reparierbaren Umweltbelastungen zu vermeiden.

Übrigens sollten die Mittel für die Fragebogenaktionen mit unabhängigen Experten, für den sogenannten Nachbarschafts-Coach und die Nachbarschaftszeitung besser für sozial engagierte Vereine, deren Mittel gerade gekürzt oder gestrichen wurden, wie zum Beispiel für Behinderte, ausgeben werden.

Für Informationen gibt es doch das Amtsblatt und die diversen Wochenendzeitungen bis zur MZ.

Die BIHS ist zu jeder Zeit zu einer sachlichen Diskussion mit kompetenten Vertretern der Verwaltung bereit.